Zeitschrift: Schweizer Monatshefte : Zeitschrift für Politik, Wirtschaft, Kultur
Herausgeber: Gesellschaft Schweizer Monatshefte
Band: 48 (1968-1969)
Heft: 12

Rubrik: Rundschau

Nutzungsbedingungen
Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation
L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use
The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 16.07.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

RUNDSCHAU

VERSCHÄRFTE SPANNUNG IM NAHEN OSTEN

Der Krisenherd des Nahen Ostens ist in den vergangenen Wochen weiter angeheizt worden. Die Spannung zwischen Juden und Arabern hat sich spürbar verschärft. Gleichzeitig sind jedoch auch einige Ansatzpunkte sichtbar geworden, die Umrisse von Lösungsmöglichkeiten andeuten. Zu übertriebenem Optimismus ist freilich kaum Anlass, denn zu tief sind die Gegensätze, die die beiden Parteien trennen; wie die Differenzen in absehbarer Zeit überbrückt werden könnten, ist bisher nicht zu erkennen.

Viermächtegespräche

Das wichtigste Anzeichen, dass in nächster Zukunft die erstarrten Fronten etwas aufgelockert werden können, sind die bevorstehenden Viermächtegespräche über den Mittelostkonflikt. Die amerikanische Regierung hat am 5. Februar ihre Zustimmung zu den von Frankreich und der Sowjetunion vorgeschlagenen Unterredungen zwischen den vier Grossmächten gegeben. Das Ja Washingtons bedeutet allerdings nicht, dass die Vereinigten Staaten nun auf die französisch-sowjetische Linie eingeschwenkt seien. Die Gespräche sollen im Rahmen der Vereinigten Nationen geführt werden. Ihr Ziel ist die Unterstützung der Mission des schwedischen Diplomaten *Gunnar Jarring*, der seit mehr als einem Jahr mit kaum sichtbarem Erfolg auf der Grundlage der vom UNO-Sicherheitsrat am 22. November 1967 gutgeheissenen Resolution zwischen den feindlichen Parteien zu vermitteln sucht.

Israel hat sich bisher von der Aussicht auf Vierergespräche wenig begeistert gezeigt. Zu nah ist noch die Erinnerung an die Rolle der Grossmächte nach der *Suezkrise* von 1956. Damals hat diese Vermittlung Israel um die Früchte des militärischen Erfolges gebracht und ihm lediglich die Freiheit der Schiffahrt durch die Strasse von Tiran gewährleistet. Es ist klar, dass Israel – nach seinem eindrucksvollen Sieg im Sechstagekrieg vom Juni 1967 – dieses Mal grössere Garantien und eine Sicherung seiner Existenz erreichen will. Nach wie vor steht die israelische Regierung auf dem Standpunkt, dass dies durch *direkte Verhandlungen* zwischen Israel und den Arabern erreicht werden sollte; der Umweg über Viermächtegespräche scheint Israel zu gewagt und zu unsicher. Die neue amerikanische Regierung, die entschlossen ist, die internationalen Fragen pragmatisch anzupacken, erachtete es jedoch als richtig, nicht von vornherein irgendwelche Wege zur Lösung der Probleme zu verschütten und damit der Gegenseite einen billigen Propagandatrumpf in die Hände zu spielen. Die kommenden Vierergespräche in New York werden zeigen, wie weit die israelische Befürchtung berechtigt ist, die Grossmächte könnten sich auf dem Rücken der Kleinen auf eine Lösung einigen, die mit den israelischen Sicherheitsbedürfnissen nur bedingt zu vereinbaren wäre.

Politik durch Interviews

Im Zusammenhang mit diesen neuen Initiativen im Nahostkonflikt müssen die beiden Interviews gesehen werden, die kurz hintereinander der ägyptische Präsident *Nasser* und der israelische Regierungschef *Eshkol* der amerikanischen Zeitschrift «Newsweek» gewährt haben. Es ist nicht alltäglich, dass zwei Konfliktparteien auf diesem Wege ihre Auffassungen der Gegenseite kund tun; in der speziellen Situation des Nahen Ostens scheint diese Taktik, bei allem unvermeidbarem propagandistischen Nebengeräusch, ein legitimes Mittel

zur Abtastung der gegenseitigen Positionen zu sein.

Nasser hat sich in seinen Ausführungen der amerikanischen Zeitschrift gegenüber betont zurückhaltend geäussert, zweifellos in der Absicht, bei der neuen Administration in Washington eine gute Stimmung für die arabische Sache zu schaffen. Der ägyptische Staatschef hat sich dabei unter anderem zu folgendem bereit erklärt (alles unter der Voraussetzung, dass sich Israel aus den im Juni 1967 besetzten Gebieten zurückzieht): Herstellung eines Zustandes der Nichtkriegführung, Anerkennung des Rechtes jedes Landes auf friedliches Zusammenleben, Gewährleistung der territorialen Unverletzlichkeit aller Länder des Nahen Ostens, einschliesslich Israels, in anerkannten und sicheren Grenzen, Zusicherung der Freiheit der Schiffahrt auf internationalen Wasserwegen, Mitarbeit an einer gerechten Lösung des Flüchtlingsproblemes in Palästina. Nassers Thesen lassen selbstverständlich der *Interpretation* einen weiten Spielraum. Aber in verklausulierter Form ist der Raïs doch erstmals von der Forderung auf radikale Auslöschung Israels abgerückt.

In Jerusalem haben Nassers Erklärungen wenig Glauben gefunden. Aussenminister *Abba Eban* hat sie als Besprechungsgrundlage abgelehnt, da das ägyptische Programm eine *Liquidation Israels in zwei Stufen* anvisiere. Das bedeutet, dass Israel keineswegs gewillt ist, sich auf die Grenzen vom 4. Juni 1967 zurückzuziehen, da es diese Grenzen als mit seiner Sicherheit unvereinbar betrachtet. Ministerpräsident Eshkol hat das in seinem Interview mit «Newsweek» eindeutig festgestellt, indem er sagte, Israel sei in seiner Haltung den arabischen Nachbarn gegenüber flexibel, es sei aber gleichzeitig entschlossen, *Jerusalem* ungeteilt zu behalten, ebenso die *Golanhöhen*. Ferner müssten als Grenzsicherung israelische Truppen längs des Jordan und bei Sharm el-Sheik stationiert bleiben. Im übrigen unterstrich der israelische Regierungschef erneut seine Bereitschaft, jederzeit mit Nasser direkt zu verhandeln.

Intensivierung des Terrors

Man wird diesen Interviewkrieg mit der notwendigen Zurückhaltung zur Kenntnis nehmen müssen. Vor allem Nassers konziliante Sprache scheint wesentlich *ad usum Delphini* gewählt worden zu sein; denn fast gleichzeitig ist der arabische Terror in den von Israel besetzten Gebieten erneut intensiviert worden. Als Begleitmusik zu der Tagung des «Rates für die Befreiung Palästinas» wurden in Cisjordanien und in Gaza lautstarke *Demonstrationen* organisiert, um in der Weltöffentlichkeit den Anschein zu erwecken, als befände sich das besetzte Gebiet in hellem Aufruhr. Das ist nur bedingt richtig. Trotz wachsender Unruhe in den ehemals jordanischen Territorien am Westufer des Jordans geht das wirtschaftliche Leben weiter seinen gewohnten Gang. Von einer Rebellion gegen die israelische Besetzungsmacht kann keine Rede sein, und noch immer erhalten die infiltrierten arabischen Partisanen der «al-Fatah» nur beschränkt Unterstützung durch die einheimische Bevölkerung. Die organisierte Unrast in Cisjordanien gehört zur janusköpfigen Politik des ägyptischen Staatschefs, der der westlichen Welt sich versöhnlich und kompromissbereit präsentiert, während er für den innerarabischen Gebrauch das Gesicht des zur Revanche entschlossenen Führers zeigt.

Blutjustiz im Irak

Es passte wenig in Nassers Konzept, dass eben in diesen Tagen das Baath-Regime al-Bakrs im Irak der Welt das Spektakel einer blutigen *Abrechnung mit dem Zionismus* bot. In Bagdad und Basra wurden öffentlich gehenkte Menschen zur Schau gestellt – in der überwiegenden Anzahl Juden –, denen vorgeworfen worden war, für Israel und den amerikanischen Geheimdienst Agententätigkeit getrieben zu haben. Das widerwärtige Schauspiel, Hinrichtungen zu einem Volksfest zu gestalten, hat in der ganzen Welt Empörung und

Abscheu hervorgerufen und der arabischen Sache mehr geschadet als genützt. Nasser hat dies rasch erkannt und nicht gezögert, sich offen und unmissverständlich von den im Irak angewandten brutalen und sinnlosen Methoden der Terrorjustiz zu distanzieren. Erneut ist damit sichtbar geworden, wie wenig stabil die panarabische Front in Wirklichkeit ist und wie unter der Oberfläche die Rivalitäten zwischen den einzelnen Ländern und Regimes weiter schwelen. Die *gemeinsame Feindschaft zu Israel* ist zwar ein Kitt, der die Araber ungeachtet ihrer Interessen und ihrer Weltanschauungen zusammenzuhalten vermag. Aber es ist nur ein brüchiges Band, das sie verbindet. Die in jüngster Zeit neu aufgebrochenen Streitigkeiten zwischen den feindlichen Baath-Regierungen in Bagdad und Damaskus sind ein zusätzliches Beispiel, das diese Gegensätze innerhalb des arabischen Lagers drastisch illustriert.

Prüffeld der Konfrontation?

Der neue Anlauf zu einer Lösung des Nahostkonfliktes, der in den vergangenen Wochen unternommen worden ist, beginnt so unter wenig günstigen Voraussetzungen. Eine wirkliche und aufrichtige Annäherung der arabischen und der israelischen Position ist – trotz Nassers Erklärungen – nicht erkennbar. Solange sich die Araber nicht mit der *Realität des Staates Israel* abfinden wollen, solange sie jeden direkten Kontakt mit diesem Staat verweigern, ist eine Lösung auch nur schwer vorstellbar. Kompliziert wird die Situation dadurch, dass die Grossmächte im Hintergrund agieren und ihre eigenen Interessen verfolgen.

Die *Sowjetunion* hat sich so eindeutig auf arabischer Seite engagiert, dass es ihr schwer fallen wird, sich aus diesen Verpflichtungen ohne Gesichtsverlust wieder zu lösen. Zweifellos bedeutet diese Bindung an die arabische Sache für Moskau in mancher Hinsicht eine Hypothek. Der nun seit bald zwei Jahren geschlossene *Suezkanal* belastet die UdSSR schwerer als die westlichen Verbündeten. Es dürfte deshalb dem Kreml nicht unwillkommen gewesen sein, dass *Frankreich* sich Ende letzten Jahres so unmissverständlich hinter die Araber gestellt und Moskau einen Teil der Bürde seiner Mittelostpolitik abgenommen hat. Aber auf der andern Seite hat die Sowjetunion ein Interesse daran, den mittelöstlichen Topf am Brodeln zu erhalten und die Vereinigten Staaten, die noch immer die Last ihrer Vietnampolitik zu tragen haben, auch im östlichen Mittelmeer zu binden.

Für die neue Administration in *Washington* hingegen ist der Nahe Osten nur ein Nebenschauplatz. Nixons vordringliches Anliegen ist es, den *Vietnamkrieg* zu liquidieren. Das Schwergewicht der amerikanischen Aussenpolitik, das sich unter Kennedy und Johnson so stark auf Asien konzentriert hatte, soll wieder vermehrt auf den atlantischen Raum verlagert werden. In *Europa*, dessen NATO-Partner noch immer die wichtigsten Verbündeten der Vereinigten Staaten sind, harren der Administration Nixon eine Reihe von schwierigen Aufgaben. Eine klare Beziehung zu Europa ist für Präsident Nixon die wichtigste Voraussetzung, wenn er einmal dem voraussehbaren *Test Moskaus* ausgesetzt sein wird. Freilich ist bis jetzt nicht zu erkennen, ob die Sowjetunion in eine solche Pression, mit der sie die Standfestigkeit des neuen Präsidenten prüfen will, auch den Nahen Osten einbezieht. Ansatzpunkte, um diesen Nebenschauplatz aufzuwerten und zum Mittelpunkt einer Konfrontation der Supermächte zu machen, sind genügend vorhanden.

Fabius

SOWJETISCHE POLITIK AN DER WENDE

Ein halbes Jahr nach der Invasion der CSSR

Hat Kossygin kapituliert?

Versucht man von der sowjetischen Politik seit dem Überfall auf die Tschechoslowakei eine Bilanz zu ziehen, so stösst man auf mysteriöse Vorgänge in der Kreml-Oligarchie. Dazu gehört in erster Linie die *Kossygin-Affäre*. Der sowjetische Ministerpräsident ist nach sechswöchiger Abwesenheit von Moskau und seinen Amtsgeschäften im Februar wieder aufgetaucht. Die Hintergründe dieser rätselhaften Abstinenz von der Politik sind noch immer nicht geklärt. Der sowjetische Pressechef Samijatin hat die Gerüchte, Kossygin sei krank gewesen, dementiert. Er behauptete, es habe sich lediglich um einen Urlaub gehandelt. Aber die ganzen Begleitumstände zwingen den Beobachter doch zur Hypothese, dass Kossygin sich absichtlich für mehrere Wochen von der aktiven Politik zurückgezogen hat oder dass er dazu von seinen Gegnern gezwungen worden ist. Denn wenn er wirklich nicht krank war, so erscheint es sehr unwahrscheinlich, dass ein derart arbeitsamer und aktiver Politiker sich in der Zeit des Übergangs der amerikanischen Administration von Johnson zu Nixon und der Konzipierung der neuen amerikanischen Politik aus Moskau entfernt hätte. Auch die Entwicklung in der CSSR, die Krise im Comecon und die Auseinandersetzungen um die geplanten Gipfelkonferenzen des Ostblocks hätten an sich die Anwesenheit des sowjetischen Regierungschefs im Kreml unbedingt erforderlich gemacht – doch Kossygin hielt sich irgendwo an einem einsamen Ort ausserhalb der Hauptstadt auf.

Kossygins zeitweiliges Verschwinden von der politischen Bühne fiel mit starken Schwankungen in der sowjetischen Aussenpolitik und Ideologie zusammen. Solange er in Moskau blieb, machte sich eine gewisse *Abkehr vom scharfen Kurs* bemerkbar. Die Breschnew-Doktrin geriet zeitweise in die Versenkung; man hat von ihr weder gesprochen noch geschrieben. Die sowjetische Regierung nahm die Koexistenztaktik wieder auf, was sich in einem neuen Flirt mit de Gaulle, in den Vorschlägen zur Lösung des Nahostkonfliktes und im Abrüstungs-Memorandum an die USA zeigte. Doch bereits wenige Tage nachdem Kossygin seinen «Erholungsurlaub» angetreten hatte, begann wieder ein scharfer Wind aus Moskau zu wehen. Der Druck auf die Tschechoslowakei hat sich verstärkt, die Breschnew-Doktrin tauchte wieder auf, die Kampagne gegen die Bundesversammlung in Westberlin wurde entfesselt. Die Scharfmacher setzten zu einer *neuen Offensive* an. Im Organ des Zentralkomitees «*Parteileben*» erschien ein merkwürdiger Aufsatz, worin gegen Spitzenfunktionäre, die sich an die kollektiven Beschlüsse der Parteiführung nicht halten wollten, dunkle Drohungen ausgestossen wurden. Es ist kaum anzunehmen, dass das auf den Personenkult Breschnews gemünzt war, denn dieser hat die Publikationsorgane in seinem engeren Machtbereich absolut unter Kontrolle. Vermutlich galt der Wink der Opposition Kossygins. Und in der Zwischenzeit kam es dann zu jenem mysteriösen *Attentat an der Kremlmauer*, das – wie es scheint – unabhängig von den undurchsichtigen Zusammenhängen von den «Harten» für eine allgemeine Verschärfung nach innen und nach aussen ausgenutzt wird.

Das alles lässt darauf schliessen, dass Kossygin in die Enge getrieben wurde und dass er *kapituliert* hat. Dafür gibt es auch Indizien aus dem inneren ideologischen Bereich in der Sowjetunion. Zum 13. Jahrestag des 20. Parteitages der KPdSU ist eine *Kampagne der Re-Stalinisierung* entfesselt worden. Vor einigen Tagen ist das Hauptsprachrohr der konservativ-dogmatischen, oder genauer: der neostalinistischen Kräfte, die Tageszeitung der Russischen Föderativen Republik «*Sowjetskaja Rossija*», mit einem fulminanten

Angriff auf die Überreste des freiheitlichen Denkens in der Sowjetunion aufgefahren. Das Blatt greift Schriftsteller, Künstler und zum erstenmal auch Journalisten, Filmregisseure und das mit ihnen sympathisierende Publikum an. Laut «Sowjetskaja Rossija» gebe es in der Sowjetunion beunruhigende Anzeichen eines faulen Liberalismus. Die westliche Propaganda versuche, den ideologisch unbeständigen und wankenden Menschen bestimmte ketzerische Gedanken und Ideen einzuflössen. Diese Erscheinung sei höchst gefährlich, denn wenn man dagegen nicht energisch vorgehe, so würde das ähnliche Folgen zeitigen wie im vergangenen Jahr in der CSSR. Deshalb dürfe die Priorität des ideologischen Kampfes gegen den Westen nicht vernachlässigt werden.

Harte Kulturpolitik

Zum Feind Nummer 1 wurde wiederum die bereits so oft bedrängte Monatszeitschrift «*Nowi Mir*» abgestempelt. Sie sei unter der Führung von Aleksander Twardowski zur Bastion der literarischen und sonstigen Opposition geworden. Sie veröffentliche laufend Werke, die die sowjetische Wirklichkeit entstellten. Damit ist für «*Nowi Mir*» eine neue akute Gefahr entstanden. Bisher versuchte man, die Zeitschrift mit gezielten Repressalien der Zensurbehörden zu vernichten. Der Publikationszyklus von der Abgabe der Manuskripte an die Zensur bis zur Freigabe für die Veröffentlichung wird jedesmal länger. Infolgedessen erscheint die Zeitschrift im Durchschnitt mit dreimonatiger Verspätung. Würde sie nicht einen treuen Leserstand besitzen, so hätte sie schon längst ihr Erscheinen einstellen müssen. Aber jetzt droht man ihr mit politischen und ideologischen Waffen, die noch gefährlicher sind.

Auch die Zeitschrift «*Teatr*» wird scharf getadelt, weil sie sich für Theaterstücke ereifere, die nihilistisch und politisch bedenklich seien. Sie verwirre die Köpfe und erwecke falsche Vorstellungen.

Neu ist die Abrechnung mit *Rundfunk* und *Fernsehen*. Diese beiden Massenmedien galten bisher als von westlichen Einflüssen gar nicht infiziert. Auch unterstehen sie der unmittelbaren Kontrolle durch Regierungsstellen und Parteikomitees. Deshalb kann dieser Angriff nichts anderes als eine Kampfansage an Regierungs- und Parteifunktionäre bedeuten, die die bisherige politische Linie des sowjetischen Fernsehens und Rundfunks – die ja beileibe nicht nonkonformistisch ist! – für richtig fanden. Aber immerhin haben Rundfunk und Fernsehen in jüngster Zeit die Konzeption der begrenzten Kontakte mit dem Westen, den sowjetisch-amerikanischen Dialog, die Kontakte mit Frankreich, die Abrüstungsvorschläge befürwortet. Offenbar passt das auch nicht in das Konzept der Scharfmacher.

Rehabilitierung Stalins

Dem gleichen Geist entsprang auch ein neuer Vorstoss zur *Rehabilitierung Stalins* als grosser Staatsmann und Feldherr. Die Lanze für den von Chruschtschew verdammten und jetzt allmählich wieder zu allen Ehren kommenden toten Despoten bricht ein Sprecher der Militärkaste, *General Boltin*. Er wirkt seit einigen Jahren als Militärhistoriker und gleichzeitig als Parteifunktionär. Boltin hat jetzt im Organ des Zentralkomitees, «*Kommunist*», einen Aufsatz veröffentlicht, worin er Stalin gegen alle – wie er schreibt – «unzulänglichen und böswilligen Verleumdungen» in Schutz nimmt. Man habe Stalin durch falsche Behauptungen Unrecht getan, denn er sei – wie das viele Marschälle und Generäle in ihren Memoiren bezeugten – nicht nur ein grosser Staatsmann, sondern auch ein talentierter Feldherr gewesen, der selbständig die grossen Siegesschlachten konzipiert habe. Das Sprachrohr der Militärs, «*Krasnaja Swesda*», hat diese Thesen erhärtet und auf dem Gebiet der sowjetischen Zeitgeschichte eine prinzipielle Abkehr von der sogenannten «Entstalinisierung» verlangt.

Fragezeichen der Aussenpolitik

Welchen Einfluss diese innere Verhärtung auf die weitere Aussenpolitik Moskaus haben wird, ist im Augenblick noch nicht ganz klar. Fest steht jedenfalls, dass man bestimmte Auswirkungen erwarten muss. Zwar ist der Druck auf Rumänien wieder stärker geworden, und die Polemik gegen Jugoslawien hat sich verstärkt, auch Prag befindet sich unter massiven Pressionen – aber das sind noch immer vereinzelte Vorgänge, die mit dem Ost-West-Problem nicht unbedingt in Zusammenhang stehen.

Das gilt vor allem für die Handhabe der *Berlin-Krise*. Der Kreml hat nur partielle Massnahmen des Ulbricht-Regimes gegen die Bundesversammlung in Westberlin gebilligt, aber das Ausmass der Ost-West-Konfrontation um Berlin ist noch nicht voll erkennbar; es hängt davon ab, wie der Machtkampf im Kreml entschieden wird. Wenn sich die Breschnew-Gruppe zusammen mit den Marschällen und mit der Geheimpolizei total durchsetzt, so ist die Rückkehr zu einem heftig geführten Kalten Krieg und zur Intensivierung der imperialistischen Expansion Moskaus unvermeidlich. Endet der innere Machtkonflikt mit einem Kompromiss zwischen den herrschenden Fraktionen, so wird man es mit einer gemischten aussenpolitischen Strategie zu tun haben, die aus einer wechselvollen Kombination von neostalinistischen Elementen in der Innen- und Aussenpolitik mit den Elementen der Koexistenztaktik besteht.

Alexander Korab

ZWISCHENBILANZ DER BRITISCHEN INNENPOLITIK

Schwindende Popularität Labours

Dr. Mark Abrams, der Doyen der britischen Meinungsforscher, veröffentlichte kürzlich die Ergebnisse einer breitangelegten Umfrage, die in den letzten Wochen des vergangenen Jahres durchgeführt worden war. Er hatte bereits in den frühen sechziger Jahren, also gerade zur Zeit, da Harold Wilson die Führung der Labour Party antrat, eine Meinungsbefragung vornehmen lassen und die Ergebnisse unter dem Titel «Must Labour Lose? – Muss Labour verlieren?» veröffentlicht. Sein Bericht veranlasste damals die Labour Party, die bisher im Volk als typische Arbeiterpartei gegolten hatte, sich mächtig anzustrengen, um diese verbreitete Ansicht zu korrigieren und damit auch die Unterstützung mittelständischer Beamten- und Angestelltenkreise zu gewinnen. Schon aus diesem Grunde vermag der heute vorliegende Bericht mehr als nur flüchtiges Interesse zu erwecken.

Wie Dr. Abrams feststellt, hat die Labour Party die sichere Unterstützung nahezu der Hälfte jener Leute verloren, die noch anlässlich der allgemeinen Parlamentswahlen vom Frühling 1966 sozialistisch gewählt hatten. Der Leser wird sich erinnern, dass *Harold Wilson* als eindeutiger Sieger aus diesen Wahlen hervorging; im Parlament verfügte er über eine Mehrheit von beinahe hundert Sitzen, und fast 13 Millionen Wähler hatten sich für seine Partei entschieden. Heute befindet sich nun die einst dichtgeschlossene Phalanx der Labour-Anhänger im Zerfall. Die von der Umfrage erfassten Leute äusserten sich zwar im allgemeinen recht zufrieden über die verbesserten Leistungen des Wohlfahrtsstaates; diese genügten aber nicht, um sie vergessen zu lassen, dass eine grosse Zahl von Wahlversprechen noch nicht eingelöst worden ist. Vor allem der offensichtlich unaufhaltsame Anstieg der Lebenskosten ernüchterte viele der früheren Parteianhänger und erfüllt jene, die Labour bis heute ihre Unterstützung noch nicht versagt haben, mit grosser Sorge. Dr. Abrams kommt in seinem Bericht (veröffentlicht in «*Socialist Commentary*» vom 31. Januar 1969) zum Schluss, dass die heute vorherrschende Stimmung «ihren Ursprung in den ausserordentlich hochge-

schraubten Anfangserwartungen zu haben scheint». Die Labour-Führer fühlen sich nun aber weniger durch die Diskrepanz zwischen den früheren Hoffnungen und den heutigen Tatsachen beunruhigt als vielmehr durch die Kluft zwischen ihrer eigenen und der Konservativen Partei.

Ausblick auf die nächsten Parlamentswahlen

Dieser ganze Sachverhalt sollte mindestens auf den ersten Blick den politischen Gegnern Labours Anlass zu grosser Freude geben. Nun hat aber Dr. Abrams auch für sie eine Neuigkeit: Nur einer von sechs Wählern, die das Vertrauen zur Labour Party verloren haben, fühlt sich von der konservativen Alternative in dem Masse angesprochen, dass er allenfalls erwägen würde, diese Partei zu unterstützen. Die Ergebnisse der Nachwahlen des letzten Jahres bestätigten diese Beobachtung weitgehend. Zwar zeitigten die betreffenden Urnengänge in der Regel eindeutige konservative Siege; die Partei verdankte sie aber nur selten einem nennenswerten Zuwachs an Stimmen, sondern der recht schlechten Wahlbeteiligung und dem Vormarsch der Splitterparteien, was jeweils zu einem Stimmenverlust Labours führte.

Nun hat aber das Vorgeplänkel im Hinblick auf die kommenden Parlamentswahlen kaum erst begonnen. Die Neuwahlen werden höchst wahrscheinlich nicht vor Oktober 1970 stattfinden, da Premierminister Wilson das ihm geeignet scheinende Datum selbst bestimmen kann. Der späteste Termin wäre März 1971, und bis zu diesem Zeitpunkt kann noch viel geschehen.

Fieberhafte Publizitätsmanöver Labours

So könnte beispielsweise die Labour Party mit aller Vorsicht von der fast unmittelbar nach dem Wahltag von 1966 eingenommenen defensiven Haltung abrücken. Die Wirtschaft scheint sich endlich, wenn auch noch etwas unsicher und gegen kleinere Schwierigkeiten keineswegs gefeit, auf dem Weg zur lange erwarteten Gesundung zu befinden. Das Pfund war im Januar 1969 stärker als zu irgendeiner Zeit des letzten Jahres; möglicherweise wird sich das Handelsbilanzdefizit verringern oder beseitigen lassen; und selbst die sogenannten «Gnomen von Zürich», die internationalen Bankiers der Schweiz, die Grossbritanniens wirtschaftliche Zukunftsaussichten angeblich mit onkelhaft-besorgter Miene verfolgten, sollen heute wieder besser gelaunt sein. Mittlerweile hat auch die britische Regierung die Türen ihres Vorratsschrankes aufgeschlossen. Vor einigen Wochen trug *Barbara Castle* eine ganz besondere Pastete aus ihrer Küche auf, nämlich eine Gesetzesvorlage über die Beziehungen zwischen Gewerkschaften und Arbeitgebern, ein Gericht, dessen köstlicher Duft den Mann von der Strasse angenehm überraschte. Wie es schien, kündete die Vorlage sowohl von der festen Entschlossenheit der Regierung, mit den leidigen Streiks fertigzuwerden, als auch von ihrer Einsicht in die Notwendigkeit, die Basis der Verantwortung in den Betrieben zu verbreitern. Von der Tatsache, dass die Zutaten zu dieser Pastete nicht viel mehr darstellen als eine verwässerte Version des amerikanischen *Taft-Hartley*-Gesetzes, das in den USA zu einem noch bedenklicheren Rekord an verlorenen Arbeitstagen pro Arbeitnehmer geführt hat, nahm fast niemand Notiz. Ebenso nimmt man hierzulande kaum Kenntnis vom viel gedeihlicheren Verhältnis zwischen Gewerkschaften und Arbeitgebern in den meisten kontinentaleuropäischen Staaten. Im Moment scheint die Meinung vorzuherrschen, dass diese Vorschläge – die übrigens etwas gar zu auffallend an die früher von der konservativen Regierung befolgte Politik erinnern – die Gewerkschaften auf ihren Platz verweisen könnten. Mindestens in der nächsten Zukunft dürfte somit diese Vorlage Labour zu einem Wahlvorteil verhelfen.

Seit der Bekanntgabe von Barbara Castles Plan war erst eine Woche verstrichen, als *Richard Crossman*, der Intellektuelle des Kabinetts und Harold Wilsons vertrautester Kampfgefährte, nach einer

unverhältnismässig langen Vorbereitungszeit einen anspruchsvollen Entwurf für ein neues Altersrentensystem aus der Schublade zutage förderte. Auch dieses Projekt schien auf den ersten Blick ebenso sinnvoll wie sozial gerecht. Es handelt sich um ein ausgeklügeltes System gestaffelter Prämieneinzahlungen, die sich nach den unterschiedlichen Einkommen der einzelnen richten; bei Erreichen der Altersgrenze gelangen dann entsprechend gestaffelte Alterspensionen zur Auszahlung. Je mehr jemand verdient, desto grössere Versicherungsbeiträge entrichtet er und desto höher fällt seine Rente aus, sobald er aus dem Erwerbsleben ausscheidet. Die zur Zeit recht kleinen Altersrenten sollen wesentlich erhöht werden; dabei soll aber immer noch die Möglichkeit zur Anlage zusätzlicher privater Ersparnisse offenstehen.

Was wir schon bei Barbara Castles Plan festgestellt haben, gilt aber auch hier: Das ganze Projekt hat viel eher den Charakter eines für die nächste Zukunft berechneten Publizitätsmanövers als den eines fest umrissenen Aktionsprogramms. Das System soll erst ab 1972 gelten, und die vollen Renten könnten gar erst zwanzig Jahre später, also ab 1992, bezogen werden. Leute, die jüngst Labour den Rücken gekehrt haben und deren viele schon heute der Altersgruppe der über 65jährigen angehören, dürften sich deswegen kaum veranlasst fühlen, zur sozialistischen Herde zurückzukehren, nur um zu erfahren, dass sie in 23 Jahren eine viel bessere Pension beziehen werden. Überdies geht aus einer relativ einfachen Rechnung hervor, dass die Summe der Prämieneinzahlungen in den ersten Jahren den Betrag der ausbezahlten Renten weit übersteigen wird, dass also in Tat und Wahrheit ein verkapptes Zwangssparsystem in Kraft gesetzt werden soll. Angesichts dieses Sachverhalts überrascht uns die Aussage gutunterrichteter Kommentatoren nicht, wonach sich die Leute von der wachsenden Zahl privater Altersfürsorgesysteme zu weit günstigeren Bedingungen versichern lassen könnten. Aber die breite Öffentlichkeit stellt nur fest, dass Labour zu helfen versucht.

Tatenlosigkeit bei den Konservativen

Sollte es der Labour Party innert nützlicher Frist doch noch gelingen, einen Teil der verloren gegangenen Popularität zurückzugewinnen, so hätte sie dies wohl weniger den Einzelheiten der heute vorliegenden oder kürzlich in Aussicht gestellter weiterer Projekte zuzuschreiben, als vielmehr der unentschlossenen und kraftlosen Haltung der Konservativen.

Keiner dieser wichtigen Vorlagen konnten Oppositionsführer Edward Heath und seine Kollegen eine auch nur einigermassen überzeugende Alternative gegenüberstellen. Was den Problemkreis der Streiks anbelangt, so führten sie nur bewegte Klage darüber, dass Labour ihnen ihr politisches Rezept gestohlen habe. Und was das vorgesehene Altersrentensystem betrifft, so schritten sie zur bisher noch nie dagewesenen «Tat vollkommener Tatenlosigkeit» – sie rafften sich nicht einmal zu einer öffentlichen Erklärung auf. Dabei ist dieses Verhalten nicht etwa einem Mangel an Ideen zuzuschreiben. Der Grund liegt vielmehr in ihrer Unfähigkeit, sich selbst über das zweckmässige Verhalten zu einigen.

Heute durchlebt nämlich die Konservative Partei offensichtlich eine Phase gespaltener Führung. Die breite Gefolgschaft der Partei bringt *Edward Heath* gerade etwa das Mass von Achtung entgegen, das für einen zwar pflichtbewussten, aber nicht besonders geistvollen Staatsbeamten angemessen erscheint. Eine unlängst vom Fernsehen ausgestrahlte Sendung mit dem unverwüstlichen und stets schlagfertigen früheren Premierminister *Harold Macmillan* bewog alle seine früheren Verehrer, sich nach der guten alten Zeit zurückzusehnen. Überdies kann man darauf zählen, dass die angesehenen Parteifunktionäre draussen in den Grafschaften stets die Entfernung von Sir *Alec Douglas Home* aus dem Amt des Parteiführers beklagen. Viel bedrohlicher für die politische Zukunft Edward Heaths ist aber neuerdings das Phänomen des «Powellismus», eine Strömung innerhalb der Partei, die ihren Zenith noch nicht erreicht zu haben scheint.

Enoch Powells «Realismus»

Die allermeisten Zeitgenossen vermögen sich nur eine höchst unklare Vorstellung darüber zu machen, welche Dinge der frühere Griechischprofessor uns zu tun veranlassen will. *Enoch Powell* (der Vorname verrät seine walisische Herkunft; daher auch all die Witze, ihn in seine ursprüngliche Heimat zurückzuschicken) ist ein sich häufig in erschreckendem Ausmass selbst widersprechender Prophet. Man vergleicht ihn oft mit den «Laissez-faire»-Whigs des letzten Jahrhunderts. In der Tat befürwortet er nur ein Minimum an staatlicher Lenkung der Wirtschaft und hält dafür, jede staatliche Einflussnahme auf dem Gebiet des Wohlfahrtswesens, der Wohnungsbeschaffung und der Erziehung müsse allmählich verschwinden. Er redet der völlig unbehinderten Entfaltung aller wirtschaftlichen Kräfte das Wort. Sollten schlechter situierte einzelne oder weniger wohlhabende Gruppen oder Landesteile darunter leiden, so betrachtet er dies als ebenso bedauernswert wie unvermeidlich. Mit andern Worten: dies ist die Welt des Dschungels, die Welt, in der nur der Lebenstüchtigste überlebt. Zur gleichen Zeit vertritt nun Powell aber eine eigentümliche und letztlich marxistische Auffassung von einer unwiderruflich in die Kräfte des Kapitals und die Kräfte der Arbeit gespaltenen Gesellschaft, die nie auf Zusammenarbeit oder Versöhnung hoffen kann.

Enoch Powell wird nun aber von den Dockern und Lastenträgern nicht etwa seiner Wirtschaftsphilosophie wegen so eifrig und lautstark unterstützt, sondern vielmehr wegen seiner ganz besonderen Art von «Realismus» angesichts des Problems der Rassenbeziehungen und der Einwanderung. Es sollte uns eigentlich überraschen, dass sich ausgerechnet der Mann, der die staatliche Einflussnahme und Kontrolle auf fast allen Gebieten bekämpft, zugunsten einer noch schärferen Reglementierung der Einwanderung von *Farbigen* (und nicht etwa, dies sei hier festgehalten, der *gesamten* Einwanderung) und eines neu zu organisierenden «Repatriierungsministeriums» äussert. Seine jetzige Haltung schlägt dem gesunden Menschenverstand ins Gesicht; denn vor zehn Jahren war es in der Tat die konservative Regierung, welcher auch Enoch Powell angehörte, die den beträchtlichen Zustrom billiger Arbeitskräfte aus dem Commonwealth förderte und damit die Voraussetzungen für die heutigen Probleme schuf.

Diese Tatsache vermindert aber die Unterstützung, derer er sich heute erfreut, gar nicht. Überhaupt weiss, wie aus dem Bericht Dr. Abrams' hervorgeht, nur ein ganz geringer Teil der Wählerschaft, was Powell heute zu tun vorschlägt. Dies vermag uns nicht weiter zu erstaunen, da er es offenbar selbst nicht recht weiss und sich in seinen Reden nur ganz unpräzise äussert. Mittlerweile bringen aber seine langen, tendenziösen und mit klassisch-gelehrten Anspielungen gespickten Warnungen die begreifliche Besorgnis und auch die Missverständnisse zum Ausdruck, welche sich aus der Konzentration der neuen farbigen Gemeinschaften in London und in den Städten der Midlands ergeben. Die Farbigen machen heute weniger als zwei Prozent der Gesamtbevölkerung aus. Da sie aber an einigen Orten besonders zahlreich auftreten und Powell jeweils vor allem auf *diesen* Sachverhalt hinweist, könnte man nach Anhören einer seiner Reden fast zum Schluss kommen, ihr Anteil betrage bereits zwanzig Prozent.

Als die Regierung ihre Gesetzesentwürfe bezüglich des Verhältnisses zwischen Gewerkschaften und Arbeitgebern und der Altersrenten vorlegte, vollzog Edward Heath einen bezeichnenden und bedeutsamen Schritt in Richtung «Powellismus». In einer Ende Januar 1969 in den Midlands gehaltenen Rede – einer Rede die in gleicher Weise jedes Hinweises auf einen gangbaren Weg zur Abhilfe entbehrte – brachte er, zwar noch etwas verklausuliert, die heute allgemein geläufigen bösen Vorahnungen über die uns erwartenden Schwierigkeiten zum Ausdruck, Verlautbarungen von einer Art, wie man sie bis anhin nur von seinem eigenwilligen Kollegen Powell

zu vernehmen gewohnt war. Offenbar war also der konservative Parteiführer zum Schluss gekommen, Labour lasse sich am ehesten schlagen, indem er mit Powell gemeinsame Sache mache.

Überraschungsfaktoren

Nun gilt es freilich noch einen dritten Faktor in Rechnung zu stellen. Es fiel schon immer recht schwer, Voraussagen über den Gang der britischen Innenpolitik zu treffen. Seit dem langsamen Wiederaufstieg der Liberalen Partei und den noch mehr Aufsehen erregenden Erfolgen der nationalistischen Parteien in Schottland und Wales im Verlauf der letzten zehn Jahre hat sich nun aber die Situation noch verkompliziert. Seit den Parlamentswahlen von 1966 haben sowohl Wales als auch Schottland je ein nationalistisches Parlamentsmitglied nach Westminster abgeordnet. In jüngster Zeit konnten sie nun freilich keine ähnlichen Erfolge mehr verzeichnen, und es besteht bereits begründeter Anlass zur Vermutung, dass sich die Stimmbürger angesichts der herannahenden Neuwahlen auf die Notwendigkeit einer für das ganze Vereinigte Königreich zuständigen Regierung besinnen und dass sich möglicherweise die Gefolgschaft der nationalistischen Parteien auflöst wie der Nebel, für den Schottland und Wales so berühmt sind. Dennoch liegt mir nichts ferner als bereits heute ein Monopol für die drei traditionellen Parteien im nächsten Parlament voraussagen zu wollen. Die Wahl von fünf bis sechs Parlamentsabgeordneten in jedem der genannten Landesteile liegt nämlich durchaus im Bereich der Möglichkeiten.

Chancen der Liberalen?

Die Liberalen hatten in den letzten Monaten keine eindrücklichen Erfolge mehr zu verzeichnen, obwohl sie bei einigen Gemeindewahlen den beiden Hauptparteien Stimmen zu entziehen vermochten. Aber die heute feststellbare Enttäuschung der Wähler über die zwei grossen Parteien, worüber Dr. Abrams so anschaulich berichtet, eröffnet den Liberalen offenbar doch die dringend benötigte Möglichkeit, ihre Parteimoral zu stärken. Eine bevorstehene Parlaments-Nachwahl in einem inneren Bezirk von Birmingham, der sich kürzlich anlässlich einer Stadtratswahl von einer Labour-Hochburg in einen liberalen Brückenkopf verwandelte, könnte dazu den Anlass bieten. Die Nachwahl wird im Frühsommer stattfinden. Sollte der politische Schock, den einige Kommentatoren schon heute voraussagen, dann eintreten, so dürfte kaum ein Zweifel darüber bestehen, dass der junge liberale Führer *Jeremy Thorpe* der rechte Mann am rechten Platz sein wird, um die neugeschaffene Lage sowohl im Parlament als auch im Land draussen auszunützen.

Nehmen wir nun einmal an, die bevorstehenden Erneuerungswahlen führten zu einer Angleichung der Stärkeverhältnisse der beiden Hauptparteien, vergrösserten die Gruppe der Liberalen im Parlament und konsolidierten die Stellung der Nationalisten. Es braucht nun gar nicht als ein Produkt überbordender Phantasie betrachtet zu werden, wenn wir für die Zeit unmittelbar nach dem Wahltag, vielleicht also nach Donnerstag, dem 29. Oktober 1970, folgende Situation für möglich erachten: Im Parlament nehmen 25 liberale Abgeordnete nebst zehn weiteren Nationalisten Einsitz, und weder die Labour Party noch die Konservativen verfügen über die absolute Mehrheit. Dem Vernehmen nach schliessen die Londoner Buchmacher bereits heute Wetten darauf ab, dass ein solcher Fall nicht eintrete. Dennoch könnte es sehr wohl zu dieser Situation kommen. Es bietet sich daher jetzt die Gelegenheit, einen wohlüberlegten und vielleicht erfolgversprechenden Einsatz zu wagen.

Paul Tyler

DIE KRISE DER KIRCHE IN FRANKREICH

Das Manifest der 180 Priester

Niemand in Frankreich, schon gar nicht die Hierarchie, bestreitet, dass die katholische Kirche sich heute im Zustand der Krise befindet. In Zeitungen, Zeitschriften und Radiosendungen spricht man immer wieder davon, und wie zu erwarten, nicht nur im guten Sinn. Es genügt heute nicht mehr, wenn die Bischöfe den Gläubigen ihre moralischen oder kirchenrechtlichen Verpflichtungen in Erinnerung rufen, die ein grosser Teil unter ihnen für überholt hält. Unsere Zeit, in der alle Werte Gegenstand heftiger Auseinandersetzungen geworden sind, erwartet von der Kirche, dass sie die christliche Botschaft in ihrer ganzen Fülle bewahre und zugleich der «Freiheit der Menschenkinder» Rechnung trage. Zu dieser Freiheit gehört zwar positive Kritik – das Konzil hat es bewiesen –, doch wird nie zugelassen, dass das der höchsten Autorität vorbehaltene Lehr- und Hirtenamt in Frage gestellt werde.

Die französische Bischofskonferenz, die im Oktober in Lourdes stattfand, hatte ihre Arbeiten in einem beachtlichen Geist des gegenseitigen Verständnisses und der Einheit abgeschlossen, als im letzten Augenblick bekannt wurde, dass 180 Priester, grossenteils aus der Diözese Paris, an alle Bischöfe Frankreichs ein Schreiben gerichtet hatten, um sie über ihre Forderungen zu unterrichten. Dieser Brief, in scharfem und kategorischem Ton gehalten, liess keinen Zweifel über die Absichten der Unterzeichner aufkommen. Sie wünschten vor allem, so bald als möglich mit dem Episkopat zu verhandeln, doch nur unter der Bedingung, dass sie zuerst persönlich empfangen würden. Erst dann solle das Gespräch beginnen.

Wenn die in diesem Schriftstück dargelegten Anfechtungen der gegenwärtigen Zustände die Mehrzahl der Empfänger überrascht haben, so waren die Thesen dem Erzbischof von Paris nicht unbekannt, hatte er einige Tage zuvor doch gewisse Anspielungen gemacht. Auch ist es verständlich, dass die Argumente der Protestierenden in mehreren Ländern Europas schnell ein Echo gefunden haben, vor allem in Belgien, Italien und Westdeutschland. Selbst das der Autorität des Vatikans besonders treu ergebene Spanien entging nicht dem Wirbel, der durch diese Herausforderung der Kirche Frankreichs ausgelöst wurde. Eine gewisse Anzahl Priester – vielleicht sind es Einzelfälle – hatte die Angelegenheit im Baskenland aufgenommen und dadurch die spanische Hierarchie in Alarmzustand versetzt. Um zu einer solch tiefen, die Kirche in ihren Grundstrukturen erschütternden Krise eine Entsprechung zu finden, muss man bis zu den Wirren der Renaissance zurückgehen. Als das Dokument der 180 Priester veröffentlicht und weitherum kommentiert wurde, rief es sofort in allen christlichen Kreisen eine Bewegung hervor, die nicht so schnell wieder zur Ruhe kommen wird. Wer die Konzilsdebatten verfolgt hat, wird sich durch einen solchen Aufstand nicht besonders überrascht zeigen, denn die beim Konzil geöffneten Schleusen sind bisher noch nicht wieder geschlossen worden. Die Besinnung des französischen Klerus auf sich selbst liegt in der Linie der Ereignisse, die im vergangenen Frühsommer im Quartier Latin die ganze Sorbonne, Studenten und Dozenten, vollkommen durcheinandergebracht haben. Der junge Klerus liess sich anstecken, wie auch die in der Action catholique engagierten kämpferischen Ordensleute. Diese haben in den Fakultäten die Protestierenden aufgemuntert, die, gelinde gesagt, zu jenem Zeitpunkt im Zustand ständiger Revolte lebten.

Ein Psychiater macht von sich reden: Abbé Oraison

«Die französischen Bischöfe haben dem Papst das Gesicht gewahrt», hat Abbé

Marc Oraison in seiner respektlosen Art verkündet. Es ist allgemein bekannt, dass dieses *enfant terrible* der Kirche, Star des französischen Radios, überdies Psychoanalytiker, kein Blatt vor den Mund nimmt. Seine infernalische Logik, die er ohne Vorbehalt spielen lässt, dazu seine Autorität als Arzt verschaffen ihm eine breite, durch seine keinen Widerspruch duldenden, oft tendenziösen Thesen völlig verblendete Zuhörerschaft. Bei der Veröffentlichung der Enzyklika *Humanae vitae*, die in gewissen ärztlichen Kreisen auf Widerstand stiess, erwartete man gespannt eine Stellungnahme des Seelsorger-Arztes. Als einer der Unterzeichner des Briefes der «Hundertachtzig» hat er sich sofort bereit erklärt, sich mit den Verfassern des Manifests über die «dringenden Probleme des Priesteramts» zu unterhalten. «Zwischen dem geheimen Ersticken des kirchlichen Tratsches», schrieb er, « und der sterilen Agitation der jungen Hitzköpfe» müsse man den Weg zu einem realistischen und wirksamen Wandel finden. In bezug auf die in unseren Tagen der Kirche gestellten Probleme hat Marc Oraison nicht gezögert, sich auf die Seite der Protestierenden zu schlagen. Wie er selbst sagte, hätte er ohne Zweifel lieber gesehen, wenn die Bischöfe orientiert worden wären, bevor sich die Presse des Briefes bemächtigte. Doch auf die Diskretion der Journalisten zu zählen, als sie vom Inhalt des Dokumentes wussten, hiess zuviel von ihnen verlangen.

Der Gesichtspunkt des Episkopats

Mit einer gewissen Beklemmung wartete Rom auf die Stellungnahme der französischen Bischöfe zur aufsehenerregenden Enzyklika Pauls VI. Aus ihrem Rundschreiben geht hervor, dass sie, ohne die Glaubenssubstanz in Frage zu stellen, die brennendsten Probleme, die sich heute dem Gläubigen stellen, in ihrer ganzen Tiefe zu verstehen suchen. Diese Tendenz erscheint klar im Stil des Dokuments, dessen Verfasser sich bemühen, die Situation der katholischen Eheleute, welche die Enzyklika – man *muss* es sagen – in hohem Masse verwirrt hatte, zu «entdramatisieren». Die Bischöfe brachen mit der jahrhundertealten Tradition einer formalen Moral und vermieden es sorgfältig, die ganze Frage auf die Alternative zwischen *Verbotenem* und *Erlaubtem* zurückzuführen, wie dies früher die Regel gewesen war. Man kann nie genug betonen, wie schwerwiegend der Irrtum der grossen Moralisten des 17. Jahrhunderts war, die mit Vorliebe ein jansenistisches Absolutheitsstreben verkündeten, das vom authentischen biblischen Glauben weit entfernt ist.

Die Zeiten haben sich geändert; in unseren Tagen stellt man sich selbst in Frage, man hält nach neuen Lösungen Ausschau. Damit es jedoch soweit kommt, müssen die Christen gewisse sie bedrängende Komplexe ablegen: ihre Nachsicht gegenüber dem hoch in Mode stehenden Geltungstrieb und ihre unglückliche Neigung zur Anpassung. Gerne wird man sich der ergreifenden Worte erinnern, die von einem der Kolloquiumsteilnehmer in Lourdes ausgesprochen wurden: «Jedes Leben besteht aus Gutem und Bösem. Wesentlich ist, dass trotz dieser Zwiespältigkeit der Sinn für das Leben und die Liebe sich in ständiger Treue zur Wahrheit weiterentwickelt.» Wie könnte man eine solche Aufforderung überhören, die, ohne Bezug auf irgendeine Religion, zum Ausdruck bringt, dass dem heutigen Menschen soviel verborgene metaphysische, theologische und politische Genialität zu eigen ist wie seinen Vorfahren. Doch wie sollte man es normal finden, dass Priester jetzt, übrigens voller Eifer, Techniker werden wollen, dass sie sich der individualistischen Existenzform der Laien anzugleichen suchen und davon träumen, ihre Kirchen in öffentliche Diskussionszentren umzuwandeln?

Vor so vielen Fragen, welche die Krise der Kirche auf einmal aufwirft, hat der Bischof von Verdun, Monseigneur Boillon, eine scharfsinnige Unterscheidung von grosser moralischer Tragweite gemacht. Im

Zusammenhang mit der Empfängnisverhütung, die das Gewissen vieler Gläubigen beunruhigt und noch weiterhin all jene beschäftigt, welche mit der päpstlichen Enzyklika nicht zufrieden sind, sagte er: «Die Empfängnisverhütung ist immer eine Störung. Doch folgt aus dieser Störung nicht notwendigerweise eine Schuld.» Zur Verdeutlichung bediente er sich eines Beispiels: «Nehmen wir an, ich hätte während des Krieges Deutsche getötet. Ich müsste mich anklagen, ihnen gegenüber Hass empfunden zu haben, doch würde ich mich nicht des Mordes anklagen. Wieso? Weil ich in jenem Augenblick in einen Konflikt verwickelt war, der eine Pflicht mit sich brachte, die ich zu erfüllen hatte. Sein Land verteidigen, ist doch gewiss eine zwingendere Verpflichtung als seinen Feind zu schonen. Ich habe also getötet, und trotzdem war es keine Sünde.» Und Monseigneur Boillon fügte bei: «Und doch ist es bestimmt schwerwiegender, zu töten, als ein Samentierchen daran zu hindern, zu einer Eizelle zu gelangen.» Der anschauliche Ausspruch des Bischofs von Verdun lässt eine menschliche Lösung des Problems offen, das sich heute eine grosse Anzahl Christen stellen.

Die belgischen Bischöfe haben gleichermassen den Weg zu einer versöhnlichen Lösung geebnet, die Kardinal Suenens, Erzbischof von Malines, wie folgt umschrieb: «Wenn jemand fähig ist, sich ein persönliches, gut fundiertes Urteil zu bilden und nach einer gewissenhaften Prüfung der Frage zu anderen Folgerungen gelangt als zu denen der Enzyklika, so hat er das Recht, seinem Gewissen zu folgen.» Der spanische Episkopat hat die gleiche Verständnisbereitschaft bewiesen, indem er dem Klerus empfahl, «gegenüber den Gläubigen Wohlwollen und Verständnis» walten zu lassen.

Eine versöhnliche Tendenz

Heute ist offensichtlich, dass die allgemeine Tendenz des Episkopats in den westeuropäischen Ländern auf eine liberale Interpretation der berüchtigten Enzyklika ausgerichtet ist, obwohl diese Interpretation in gewissen Kreisen auf Ablehnung stösst. Wichtig ist, dass von führenden kirchlichen Stellen Klugheit geboten wurde und dass die öffentliche Meinung davon in Kenntnis gesetzt wird. Die bisher so zurückhaltende Hierarchie scheut sich neuerdings nicht mehr, die Sorgen der Gläubigen – in diesem Fall der unter dem Konflikt leidenden christlichen Ehepartner – zum Ausdruck zu bringen; dies ist für die Zukunft des Christentums von gewaltiger Bedeutung.

Bei ihrem Erscheinen hat die Enzyklika *Humanae vitae* manchen Arzt und manchen Vertreter der Humanwissenschaften überrascht und vielleicht sogar aus der Fassung gebracht. Der Irrtum vieler Interpreten bestand darin, nicht zu begreifen, dass dieses Dokument, das ohne Zweifel ein schwer zu erreichendes ethisches Ideal darstellt, dem Gläubigen letzlich die freie Entscheidung überlässt. Durch ihre Erklärung haben die Bischöfe Frankreichs den Weg gefunden, zugleich Rom und das ihnen anvertraute «Volk Gottes» zufriedenzustellen.

Ohne im Detail auf die einzelnen Punkte des Briefes an die französischen Bischöfe einzutreten, müssen wir eine der wichtigsten Forderungen erwähnen, nämlich der kategorische Wunsch der Priester, ins Erwerbsleben eintreten zu können. Die Folgen sind leicht abzuschätzen: politische und gewerkschaftliche Verpflichtungen, Teilnahme an Streiks usw. Jeder kann sich selbst ausmalen, wohin das führt.

Vor solch unvernünftigen Forderungen, zu denen auch die Aufhebung des Zölibats gehört, hat die Hierarchie bis anhin grösste Zurückhaltung an den Tag gelegt. Es ist anzunehmen, dass sie sich darüber äussern wird, sobald das Fieber etwas gefallen ist. Im gegenwärtigen Zeitpunkt beschäftigen natürlich noch andere Probleme den Geist der Unzufriedenen, so besonders der Wunsch, von neuem das in Frage zu stellen, was einer von ihnen die «Formen» nennt, «welche die apostolische Nachfolge angenommen hat, und die dem Gläu-

bigen auferlegte Abhängigkeit». Diese Anspielung auf die Theologie Bultmanns, die unter dem Begriff der «Formgeschichte» bekannt ist, genügt, um zu zeigen, zu welch reformatorischen Ideen sich einige dieser Kleriker auf der Ebene der Doktrin hingezogen fühlen.

François Mauriac hat mit der ihm eigenen Klarsicht bemerkt, diese Priester «scheinen sich dessen, was sie sind, zu schämen; ihre fixe Idee sei, das sie prägende Zeichen solle nicht mehr sichtbar sein». Diese Worte gehen tief und lassen spüren, welche Abgründe uns umgeben. Bald wird man erfahren, ob die Forderungen der seelsorgerlichen Freischärler in der vorgebrachten Form erfüllt werden, oder ob sie die Vorläufer einer neuen, noch christlichen Ordnung sind. Allem Anschein nach sucht man allgemein nach einer versöhnlichen Lösung; die Bischöfe studieren jeden Einzelfall, um eine Krise zu verhindern, die für die Einheit der Kirche fatale Auswirkungen hätte.

Zur Stunde, da eine gewisse Anzahl Priester sich von der althergebrachten christlichen Tradition so schnell wie möglich trennen möchte, hat die Hierarchie weise erklärt: «Wir hören euch an. Doch lasst uns zusammen, Bischöfe, Priester und Laien, eine vernünftige Lösung suchen!» Sehr geschickt hat der Erzbischof von Paris ein negatives Urteil über den Brief dieser Priester vermieden und statt dessen über die sich im gegenwärtigen Leben der Seelsorger aufdrängenden Änderungen die Ansichten aller verlangt. Die Zukunft wird zeigen, ob ihm durch diesen Schritt gelungen ist, die Ungeduld des widerspenstigen Klerus zu bändigen, oder ob dieser den Bruch vorzieht. Indem Monseigneur Marty als einsichtiger und wohlwollender Vermittler auftritt, wird er vielleicht den in der französischen Kirche notwendigen Fortschritt ermöglichen.

Man spürt deutlich, dass sich in unserer Zeit eine Erneuerung der Seelsorge aufdrängt. Jene, die diese Überzeugung teilen, geben die Hoffnung nicht auf, es werde ein Weg zu einem Wandel gefunden, der den Erwartungen einer grossen Zahl von Gläubigen entspricht.

Jean de Saint-Chamant

INNENPOLITISCHE RUNDSCHAU

Die Saat der Gewalt geht auf

Am 31. Januar gegen elf Uhr abends wurde das Zürcher Stadthaus zum Ziel eines Sprengstoffattentates, nachdem am Weihnachtsabend bereits in der Hauptwache der Zürcher Stadtpolizei eine Bombe explodiert war. Auch jetzt fehlt vom Täter, der wiederum ein anarchistisches Pamphlet am Tatort hinterliess, jede weitere Spur.

Die Attentäter sind also weiterhin unter uns. Und es würde kaum überraschen, wenn den zwei Streichen bald ein dritter auf die «Stätten autoritärer Vergewaltigung» folgen würde, als welche der Täter «Fabriken, Kasernen, Schulen, Stadthäuser, Kirchen und Steuerämter» bezeichnet hat. Es ist schwer zu sagen, ob es sich um einen psychisch kranken Einzelgänger oder um eine planmässig handelnde Gruppe mit politischen Zielen handelt. Fest steht aber jedenfalls, dass die Anschläge in die geistige Landschaft der «Neuen Linken» mit ihren unverhohlenen Aufforderungen zur Zerstörung der «bestehenden Ordnung» gehören. Die intellektuellen Führer dieses unvergorenen Neo- und «Edel»-Marxismus mögen zwar beteuern, dass sie «solche Sachen» nicht wollen. Das ändert aber nichts an ihrer geistigen Mitverantwortung. Man kann nicht die Saat der Gewalt ausstreuen und sich dabei gleichzeitig von der Verantwortung für die Folgen dispensieren. Es ist ein Klima entstanden, in dem die

Proportionen und Massstäbe immer mehr ins Rutschen geraten und aus dem noch manches Unheil geboren werden kann.

Das Reformfieber an unseren Hochschulen

Inzwischen geht die Reformdiskussion an unseren Hochschulen weiter. Während es in unseren Nachbarländern fast am laufenden Band zu Radauszenen, ja zur Schliessung von Instituten und ganzen Hochschulen kommt, bewegt sich hierzulande die studentische Agitation nach wie vor in recht geordneten Bahnen. Immerhin lässt sich nicht verkennen, dass die radikalen, von der «Neuen Linken» inspirierten Gruppen die Entwicklung sehr aufmerksam verfolgen und stete Bereitschaft bekunden, aus allfälligen Konfusionen ein Maximum an politischer Wirkung in *ihrem* Sinn herauszuschlagen.

Von den besonnenen Kreisen der Studenten wie von den Professoren erfordert diese Konstellation grösste Aufmerksamkeit und Umsicht. Nach wie vor erweckt dabei das Verhalten mancher Fakultäten den Eindruck, dass unter dem wirklichen oder vermeintlichen Druck der «Strasse» oft vorschnelle Entschlüsse zustande kommen, die besser noch etwas ausgereift worden wären. Auch was die Hausordnungen der Universitäten betrifft, scheint da und dort mehr ins Rutschen gekommen zu sein, als unbedingt notwendig gewesen wäre. Es war von jeher eine Illusion, wenn man versuchte, vorsätzliche Unruhestifter durch Nachgiebigkeit zu beschwichtigen. Und es war von jeher falsch, sich unter Ultimatumsdrohungen an den Verhandlungstisch zu setzen. Die überwältigende Mehrheit der Studenten weiss, dass es nicht ohne klare Ordnung und Autorität geht. Auf diese Mehrheit ist die interne Hochschulpolitik auszurichten, nicht auf die radikalisierten Minderheiten.

Zwingli-Jahr

In der letzten Januarwoche stand Zürich im Zeichen der 450-Jahrfeier der Reformation Zwinglis. Die Festlichkeiten, zu denen sich Gäste aus aller Welt einfanden, sollen mit dem dreitägigen Programm nicht ihr Bewenden haben, sondern den Auftakt für ein eigentliches Zwingli-Jahr bilden, in dem die Gemeinden die Situation der Kirche von Grund auf überdenken.

Es ist fast schon zur Selbstverständlichkeit geworden, dass solche Veranstaltungen für irgendwelche Kreise den Anstoss zu Demonstrationen und «Gegen-Feiern» bilden. Als im Vorfeld der Feierlichkeiten bekannt wurde, dass «fortschrittliche Theologiestudenten» eine solche Gegen-Feier zu veranstalten beabsichtigten, machte man sich daher auf einiges gefasst. Es zeigte sich dann aber, dass solche jugendliche Manifestationen auch anderes als blosse Störung bewirken können. Der ruhige und disziplinierte Verlauf der von den Theologiestudenten organisierten Diskussion führte trotz äusserst provokativen Gastrednern mit deutlichem Linksdrall zum Eindruck einer nützlichen Ergänzung der offiziellen Feiern.

Gewiss war es eine prononcierte Manifestation des Unbehagens angesichts der heutigen Lage der Kirche. Nachdem aber auch nach dem Willen des Kirchenrates des Kantons Zürich die Zwinglifeier nicht nur historisierendes Gedenken, sondern auch vorwärts gerichtete Standortbestimmung werden sollte, fügte sich die «Gegen-Feier» geradezu organisch in den Gesamtablauf ein. Und sicherlich wird den jungen Leuten zumindest die Ernsthaftigkeit ihres Anliegens nicht abgesprochen werden können. Ob allerdings Vorschläge wie jener, den «Betrieb» der Kirche ganz einfach für ein Jahr einzustellen, um Musse zur Neubesinnung und Reorganisation zu erhalten, Aussicht auf ernsthafte Prüfung haben, ist indessen eine andere Frage...

Zwischenfall in Lucens

Die technische Zivilisation ist bei all ihrer hochgezüchteten Präzision ein empfindliches Gebilde, das stets die Möglichkeit von Betriebsunfällen in sich birgt, die rasch katastrophalen Charakter annehmen können. Das wurde einer weiteren Öffent-

lichkeit einmal mehr ins Bewusstsein gerufen, als sich am 21. Januar die Meldung verbreitete, dass im Atomkraftwerk Lucens ein Reaktordefekt eingetreten sei. Obwohl die automatischen Sicherheitseinrichtungen die Anlage sofort ausser Betrieb setzten, war das Entweichen einer kleinen Menge radioaktiver Produkte in die Kavernen nicht zu vermeiden. Zum Glück zeigte es sich bald, dass damit keine Gefährdung der Bevölkerung verbunden war. Auch vom Personal kam niemand zu Schaden.

Vor einer neuen agrarpolitischen Diskussion

Ende Februar wird der Vierte Landwirtschaftsbericht des Bundesrates veröffentlicht werden. Er wird willkommene Gelegenheit für eine Weiterführung der grundsätzlichen Diskussion über die Zukunft unserer Landwirtschaft bieten. Nach Angaben des Direktors der Abteilung für Landwirtschaft wird die künftige Agrarpolitik des Bundesrates vermehrt auf die Produktionslenkung und damit weniger als bisher auf die Einkommenssicherung ausgerichtet sein. Auf diese Weise sollen die Konsequenzen aus den ärgerlichen und auch kostspieligen Milchschwemmen des letzten Jahres gezogen werden. Daneben soll die Förderung der Strukturanpassung weiter vorangetrieben werden.

Am Prinzip des Familienbetriebes soll auch weiterhin festgehalten werden, wobei die betriebliche Zusammenarbeit gesteigert und neue Formen der gemeinsamen Bewirtschaftung herausgebildet werden müssen. Dass der Anteil der landwirtschaftlichen Erwerbsbevölkerung weiterhin zurückgehen wird, ist offensichtlich eine schon zur Selbstverständlichkeit gewordene Prämisse. Nur so lässt sich anscheinend die Einkommensparität unserer Bauern einigermassen sicherstellen.

Im Vorfeld der Märzsession

Die Bundesversammlung hat ihren neuen Generalsekretär. Er heisst Alois Pfister und gehört dem konservativ-christlichsozialen Lager an. Allgemein wird er als gut qualifiziert gerühmt. Wenn seine Wahl trotzdem einigen Staub aufwirbelte, so deshalb, weil ihr ein wenig erhebendes parteitaktisches Spiel im Kreise der Fraktionspräsidenten vorausgegangen war, das die Konservativ-christlichsozialen entgegen allen Erwartungen für sich entscheiden konnten. Zusammen mit dem Bundeskanzleramt besitzen sie damit weiterhin zwei profilierte Schlüsselstellungen im Bundeshaus.

Aus dem bunten Strauss der Beschlüsse von parlamentarischen Kommissionen sei vor allem jener in bezug auf das Bodenrecht hervorgehoben. Das Seilziehen zwischen den beiden Kammern scheint nun ein Ende zu nehmen, da die Kommission des Nationalrates sich die Zustimmung zu der vom Ständerat gutgeheissenen Fassung abzuringen vermochte. Auf dem Gebiet des Kündigungsschutzes fiel ebenfalls eine Vorentscheidung. Die Kommission des Ständerates modifizierte die Vorlage des Bundesrates in dem Sinne, dass der Kündigungsschutz gedämpft und damit weniger mit der Eigentumsfreiheit in Konflikt geraten würde. Da noch ein «Volksbegehren für das Recht auf Wohnung und den Ausbau des Familienschutzes» anhängig ist, wird der ganze Komplex allerdings noch einiges zu reden geben. – Die Märzsession ist auf drei Wochen veranschlagt.

Neue Enttäuschung in der Jurafrage

Die jurassischen Separatisten haben sich reichlich Zeit gelassen, um auf die Einladung der Kommission Petitpierre zu Gesprächen eine Antwort zu geben: Die Einladung war am 31. August 1968 erfolgt; die Antwort wurde am 29. Januar 1969 veröffentlicht. Fürwahr ein merkwürdiges Verhalten einer vom Bundesrat empfohlenen Vermittlungskommission gegenüber, wenn man bedenkt, wie sehr die Separatisten früher auf eine Intervention in eidgenössischem Rahmen erpicht schienen. Die Antwort zeigt denn auch einmal mehr, dass die Separatisten zu keinerlei Konzes-

sionen bereit sind. Sie wollen kein Gespräch mit der Kommission Petitpierre, weil diese zwar vom Bundesrat ausgewählt, formell aber von der bernischen Regierung eingesetzt worden war. Sie würden einzig eine formelle eidgenössische Vermittlung und diese ausserdem nur auf der Basis des Endziels einer vollen Unabhängigkeit des Juras akzeptieren. Punktum!

Damit ist ein klug ausgewogenes Verfahrenskonzept – Gespräch auf eidgenössischer Ebene unter Wahrung der rechtsstaatlichen Spielregeln, nach denen der bernische Staat und seine Stimmbürger nun einmal nicht einfach ausgeklammert werden können – ernstlich in Frage gestellt, und die ganze Angelegenheit erscheint mehr denn je als völlig verfahren.

Kostspielige Drehscheibe des Flugverkehrs

Der Flughafen Zürich-Kloten ist aus der schweizerischen Verkehrspolitik nicht mehr wegzudenken. Wenn sich auch die Hoffnungen auf eine europäische Drehscheibenposition im Weltluftverkehr nicht in allen Teilen erfüllt hat, so vermochte sich Kloten doch eine respektable Position zu erkämpfen, die auch für die schweizerische Wirtschaft von grosser Bedeutung ist. Doch diese Position ist nicht ein für allemal erreicht. Sie muss immer aufs neue bestätigt werden und erfordert daher immer wieder beträchtliche Opfer.

Mitte Februar wurde die Öffentlichkeit über eine weitere Ausbauetappe orientiert. Es soll eine zusätzliche Landepiste geschaffen werden. Mit der dazugehörigen Erweiterung des Flugsteigs bedingt dies Ausgaben von über 150 Millionen Franken. Damit soll Kloten in die Lage versetzt werden, die starke Verkehrszunahme aufzufangen: Man rechnet damit, dass sich die Passagierzahlen – 1967 waren es bereits über drei Millionen – bis 1975 verdoppeln und bis 1980 vervierfachen werden!

Spectator

WIRTSCHAFTSPOLITISCHE CHRONIK

Beruhigung an der Währungsfront

Nach den vehementen Unruhen im Währungssektor zu Ende des vergangenen Jahres ist nun eine spürbare *Beruhigung* eingetreten; dazu haben die wirtschaftspolitischen Massnahmen, die an der Bonner Währungskonferenz ausgehandelt wurden, entscheidend beigetragen. *Frankreich* vermochte seine Währungsreserven im Dezember und Januar wieder zu erhöhen, wobei aus den veröffentlichten Zahlen die wirklichen Devisenbewegungen allerdings nicht zu erkennen sind, da die von der Bank von Frankreich verfügten Devisenrestriktionen auch Massnahmen enthalten, die auf ein gewisses «window dressing» der Reserveposition hinwirken und zudem die Rückzahlungen an den Internationalen Währungsfonds bzw. an die Notenbanken, die Frankreich seinerzeit Kredite einräumten, nicht bekannt gegeben werden. Immerhin scheint es Frankreich gelungen zu sein, in diesem Jahr spekulative Geldabflüsse ins Ausland zu verhindern.

Umgekehrt verzeichnet die *Bundesrepublik* einen Devisenabfluss; die Mittel, die in der hektischen Atmosphäre um die Spekulation einer DM-Aufwertung in die Bundesrepublik flossen, scheinen zum grössten Teil wieder abgezogen zu sein, so dass auch vom Blickwinkel der Bundesrepublik aus die Entwicklung mindestens in der angestrebten Richtung verläuft und damit auf die Rückkehr einer Normalisierung hindeutet. Es wäre jedoch verfrüht, bereits von einer Überwindung der letzten rung hindeutet. Es wäre jedoch verfrüht, bereits von einer Überwindung der letzten Währungskrise zu sprechen. Der anhaltend

hohe Preis auf dem freien Goldmarkt darf unter anderem auch als Indiz dafür gewertet werden, dass das Vertrauen in die Währungsstabilität noch nicht vollkommen hergestellt ist, dass die Währungslage vielmehr noch eine gewisse Labilität aufweist. Die sozialen Spannungen in Frankreich, die am Ursprung der letzten Währungskrise lagen, sind noch bei weitem nicht überwunden.

Von der Beruhigung hat endlich auch das *Pfund Sterling* profitiert, obwohl sich Grossbritannien weiterhin in einer schwierigen Finanzlage befindet. Die Reserveposition Grossbritanniens hat sich im Januar etwas – allerdings nur sehr leicht – verbessert; aber auch im Falle Grossbritanniens gibt die Bewegung der Währungsreserven keine ausreichende Anhaltspunkte zur Beurteilung der effektiven Situation, weil über die Beanspruchung bzw. Rückzahlung der diesem Lande zur Verfügung gestellten internationalen Kredite ebenfalls nichts publiziert wird. Die Finanzlage Grossbritanniens ist angespannt, befindet sich doch die Zahlungsbilanz noch immer im Defizit. Es müsste bereits als Erfolg gewertet werden, wenn es Grossbritannien gelingen würde, für das laufende Jahr eine ausgeglichene Zahlungsbilanz zu erreichen. Andererseits werden bis Ende 1971 Auslandsschulden von insgesamt 1,46 Milliarden Pfund fällig.

Änderung der amerikanischen Wirtschaftspolitik?

Das Rätselraten über eine eventuelle Änderung der amerikanischen Wirtschaftspolitik nach dem Regierungswechsel hält an. Die neue Mannschaft, die in der Regierung Nixon die wirtschaftspolitischen Geschicke des Landes beeinflusst, hat bisher einige Erklärungen abgegeben, so dass gewisse *Schwerpunkte* feststellbar sind. Die neuen Köpfe des Council of Economic Advisees (Paul McCracken, Minnesota; Herbert Stein, Brookings Institution; und Hendrick Houtakker, Harvard University) vertreten offenbar die Auffassung, das die schwebenden Währungsprobleme im Rahmen der *bestehenden* Währungsordnung gelöst werden müssen. Und da es äusserst schwierig, wenn nicht gar unmöglich ist, diese Probleme auf einer neuen Währungskonferenz zu diskutieren, weil sonst die Gefahr einer neuen Währungsspekulation entstehen würde, geben diese Experten einer Behandlung der Währungsprobleme im Schosse der bestehenden internationalen Währungsorganisationen den Vorzug. Es scheint auf Grund der bisherigen Äusserungen nicht ausgeschlossen, dass von den USA vor allem eine Prüfung der Erweiterung der Bandbreiten ins Auge gefasst wird.

Auf alle Fälle ist Amerika nach den Darlegungen der massgebenden Leute nicht gesonnen, einen währungspolitischen Alleingang zu unternehmen. Reformmassnahmen sollen vielmehr in Konsultation mit den Partnern der internationalen Währungspolitik unternommen werden. Und es ist in diesem Zusammenhange besonders hervorzuheben, dass die USA nach den Äusserungen des neuen Schatzsekretärs, David Kennedy, nicht der Meinung sind, die Währungsprobleme könnten mit einer Erhöhung des Goldpreises gelöst werden.

Innenpolitisch ist ein verschärfter *Kampf gegen die inflationären Tendenzen* zu erwarten. Die neuen Advisers neigen zu einer Wirtschaftspolitik, die der Stabilität des Geldwertes eine höhere Prioritätsordnung in der Zielskala zuerkennen als bisher. David Kennedy hat ebenfalls verschiedentlich von der Notwendigkeit einer intensivierten Inflationsbekämpfung gesprochen und dabei insbesondere betont, dass die Budgetpolitik inflationsbewusster gestaltet werden müsste. Auch die Geldpolitik soll stärker als bisher am Ziel der Inflationsbekämpfung orientiert werden. Das heisst natürlich, mit anderen Worten, dass auch die Regierung Nixon dem Problem der Zahlungsbilanz volle Aufmerksamkeit schenken wird.

Bemerkenswert ist jedoch, dass trotz der generell optimistischen Wirtschaftsprognosen für die USA nicht mit einer eigentlichen Preisstabilität für 1969 gerech-

net wird. Die amerikanische Stabilitätspolitik findet ihre Grenzen an der Reaktion des Arbeitsmarktes. Eine Arbeitslosenquote von mehr als 4 Prozent wird von den Politikern als politisch nicht mehr tragbar erachtet.

Die schweizerische Konjunktur

Die nunmehr veröffentlichten Statistiken zeigen, dass die Schweiz 1968 im Zeichen einer guten Konjunkturlage stand. Die Geldentwertung (+ 2,4%) hat sich merklich abgeflacht, und die wirtschaftliche Grundtendenz war auf die Wiederherstellung eines globalen Gleichgewichtes ausgerichtet. Unter den binnenwirtschaftlichen Nachfragekomponenten haben sich der private und der öffentliche Konsum nicht wesentlich geändert, während die Bruttoinlandinvestitionen gegenüber dem Vorjahr um 2,4 Prozent (1967 = 0,4 Prozent) gestiegen sind. Daraus lässt sich eine etwas verstärkte Investitionsneigung der Wirtschaft ablesen; sie ist damit jedoch noch nicht sehr hoch, scheint sich aber zu verbessern.

Die besonders in der zweiten Jahreshälfte 1968 eingetretene Konjunkturbelebung ist damit eindeutig von der *Auslandsnachfrage* induziert worden. Die Exporte sind 1968 um 14,4 Prozent gestiegen, während sich die Importe um 9,2 Prozent ausdehnten. Damit hat sich auch die Grundtendenz der Handelsbilanz verbessert, die zu Ende 1968 noch mit einem Passivsaldo von 2 Milliarden Franken abschloss. Wenn der Überschuss der Dienstleistungsbilanz auf 4 Milliarden geschätzt wird, würde sich auch eine wesentlich positivere Ertragsbilanz (+ 2 Milliarden Franken) ergeben.

Die Aussichten für 1969 werden im allgemeinen mit gedämpftem Optimismus beurteilt. Die Exportaussichten scheinen gut, wenn auch in Rechnung zu stellen ist, dass die restriktiven Massnahmen Frankreichs und Grossbritanniens erschwerend wirken werden, wogegen die Importerleichterungen der Bundesrepublik unserer Wirtschaft zugute kommen sollten. Weil das wirtschaftspolitische Schwergewicht wieder vermehrt auf der Herstellung eines binnen- und aussenwirtschaftlichen Gleichgewichtes ruht, rechnet die OECD für ihre Mitgliedländer aber mit einer Verlangsamung des wirtschaftlichen Wachstums. Das könnte auch für die Schweiz relevant werden.

Oeconomicus

BLICK IN WIRTSCHAFTSZEITSCHRIFTEN

Ungelöste Währungsprobleme

Die internationale Währungspolitik hat Ende des vergangenen Jahres hohe Wellen geworfen; sie steht auch heute noch im Zentrum des wirtschaftspolitischen Interesses, obwohl sich in der Zwischenzeit die Wogen etwas geglättet haben. Die internationale Währungspolitik hat aber nach wie vor einen «vulkanischen» Charakter. Es ist deshalb nicht uninteressant, die Ansichten eines Mannes zur Kenntnis zu nehmen, der in der gegenwärtigen Phase – und wohl noch auf einige Zeit – bei der Bestimmung der währungspolitischen Strategie ein massgebendes Wort mitzureden hat, nämlich Bundeswirtschaftsminister *Karl Schiller*. Im «*Europa-Archiv*» (Heft Nr. 1, 10.1.1969), das immer wieder auch wirtschaftliche Themen zur Darstellung bringt, legt Schiller ein «Bekenntnis» zur gegenwärtig gültigen Wirtschaftsordnung ab, und der eminente Autor befürwortet eine Lösung der internationalen Währungspro-

pleme im Rahmen der bestehenden Währungsordnung.

Schiller stellt wohl richtigerweise fest, dass die Weltwährungsordnung keinen Wert an sich beanspruchen kann, sondern dass sie nach dem Masse beurteilt werden muss, nach dem sie in der Lage ist, die internationale Arbeitsteilung auf dem Boden eines freien Welthandels zu unterstützen. In diesem Sinne habe sich das System von Bretton-Woods zweifellos bewährt. Dieser Auffassung ist sicherlich nicht zu widersprechen; indessen hat dieses System insofern Mängel, als es *Währungskrisen* zulässt, die sich in der unmittelbaren Vergangenheit in immer kürzeren zeitlichen Abständen folgten. Schiller plädiert für eine Lösung im Rahmen der bestehenden Ordnung, und er zielt bei dieser Feststellung auf die Notwendigkeit einer strafferen währungspolitischen Disziplin der einzelnen Länder ab. Er appelliert mithin an die Einsicht der wichtigsten Weltwährungsländer zur Einhaltung der währungspolitischen Spielregeln, die das Bretton-Woods-System verlangt; und er würdigt die Bonner Währungskonferenz, an deren Zustandekommen er massgebend beteiligt war, als einen Beitrag zur Erhaltung der weltwährungspolitischen Stabilität. Sowohl die Bundesrepublik wie Frankreich und Grossbritannien hätten bewiesen, dass sie gewillt seien, den Weg der internen Währungsdisziplin zu beschreiten.

Aus solchen Worten klingt ein bemerkenswerter *Optimismus*, der mindestens partiell durch die offizielle Stellung des hohen Autors mitbestimmt sein dürfte. Denn die tatsächlichen Verhältnisse stützen eine solche Deutung der Dinge nicht unbedingt. Binnenwirtschaftliche Stabilitätspolitik, besonders bezüglich der Preise und der Zahlungsbilanzen, war bisher nicht die besondere Stärke der westlichen Wirtschaftspolitik. Sollte dies in Zukunft schlagartig ändern? Die Aussichten dazu sind wenig günstig – und dies besonders auch im Blick auf die Einführung der Sonderziehungsrechte beim Internationalen Währungsfonds. Schiller weist selbst auf die Gefahr dieses neuen Instrumentes hin, nämlich der Lockerung des Zwangs zur Anpassung der internen Wirtschaftspolitik an die Erfordernisse des aussenwirtschaftlichen Gleichgewichts. Ob das System der Sonderziehungsrechte mit der gebotenen Zurückhaltung benützt werden wird, wie das Schiller erwartet, ist doch eher zu bezweifeln. Es ist vielmehr zu befürchten, dass das internationale Währungssystem auch künftig «im Gespräch» bleiben wird.

Für und gegen flexible Wechselkurse

In Würdigung dieser komplexen Situation hat die «*Zeitschrift für das gesamte Kreditwesen*» ihre ganze Januarnummer (22. Jahrgang, 1/1969) den Problemen der internationalen Währungspolitik, insbesondere der Frage der *Wechselkurspolitik* («Fixe oder flexible Wechselkurse?») gewidmet. Nicht weniger als neun Aufsätze befassen sich von verschiedenen Blickwinkeln aus mit diesem umfassenden und kontroversen Thema; und so prominente Autoren wie *Hermann J. Abs* und *Otmar Emminger* melden sich zum Worte. Das Heft umspannt den ganzen Bogen der Auseinandersetzung und vermittelt mithin ein anschauliches Bild von der Spannweite der Währungsdebatte, die, wie Dr. *Volkmar Muthesius* in seinen einleitenden Betrachtungen ausführt, «zu einer Dauerschlacht der einander mit spitzen Federn bekämpfenden Wirtschaftswissenschafter und Geldpolitiker, zu einem zähen Ringen, zeitweise mit wechselnden Fronten und mit Variationen über Spezialthemen», auszuarten droht.

Dr. h.c. *Hermann J. Abs*, Vorsitzender des Aufsichtsrates der Deutschen Bank AG, macht aus seiner *Skepsis* gegenüber flexiblen Wechselkursen keinen Hehl. Er sieht in den flexiblen Wechselkursen vor allem ein Instrument, das der wirtschaftlichen Desintegration Vorschub leisten und auch den internationalen Handel schwer beeinträchtigen müsste. Und Abs trifft sich denn auch in der vorgeschlagenen Therapie weitgehend mit Bundeswirtschaftsminister Schiller, wenn er auf das Erfordernis einer

internationalen Abstimmung der wirtschaftspolitischen Ziele, der wirtschaftspolitischen Prioritätsskala bei fixen Wechselkursen hinweist. Auch Dr. *Otmar Emminger*, Mitglied des Direktoriums der Deutschen Bundesbank, nimmt, was kaum verwundern kann, das Währungssystem in Schutz, das in seinem Urteil wesentlich besser ist als sein Ruf. Er anerkennt zwar die *Krisenanfälligkeit* des Systems, wenn die Partnerländer nicht währungspolitische Disziplin befolgen. Der Autor plädiert deshalb ebenfalls für eine bessere internationale Koordination der Wirtschaftspolitik im Blick auf die Herstellung stabiler Währungsverhältnisse.

Wie dies allerdings geschehen könnte, weiss auch Dr. Emminger nicht anzugeben. Darin offenbart sich ein Charakteristikum der internationalen Währungspolitik, dass sich nämlich die Befürworter stabiler Wechselkurse wohl darin einig sind, *wie* die internationale Währungsordnung krisenfester gemacht werden könnte, dass sie aber die Frage, wie ihr Rezept wirtschaftspolitisch durchgesetzt werden könnte, nicht beantworten. Dr. Emminger räumt in seinen Überlegungen auf Grund dieser Lage ein, dass dann, wenn sich der währungspolitische Gleichschritt zwischen den wichtigsten Partnerländern künftig nicht realisieren lasse, «man vielleicht nicht umhin könne, zu untersuchen, ob man durch eine vorsichtige *Auflockerung des Paritätensystems* der Entwicklung von fundamentalen Ungleichgewichten in einem frühen Stadium nicht entgegentreten könnte». Das sieht schon sehr nach Kompromissbereitschaft aus.

Wieweit die Ansichten der Experten bei der Beurteilung der Frage der Wechselkurspolitik auseinandergehen, ist aus den Darlegungen von Professor *Egon Sohmen* zu entnehmen, einem engagierten Befürworter flexibler Wechselkurse. Der Gelehrte von der Universität des Saarlandes bricht deshalb für flexible Wechselkurse eine Lanze, weil er sie als eine *notwendige* Voraussetzung für eine Intensivierung des zwischenstaatlichen Handels- und Kapitalverkehrs in weltweitem Rahmen versteht, mithin als eine integrierende – und nicht wie Abs als eine desintegrierende – Kraft auffasst. Und er bezeichnet die Vorstellung, die Fixierung der Wechselkurse innerhalb enger Grenzen sei immer mit einer so weitgehenden Koordinierung der Gesamtwirtschaftspolitik der einzelnen Länder verbunden, dass sich die Gleichgewichtswechselkurse zu jeder Zeit kaum merklich von den amtlich festgesetzten Paritäten unterscheiden, schlicht und einfach als Utopie; die Praktiker jagen, so stellt Sohmen fest, einer Utopie nach – und er hat bei diesem Urteil mindestens die Erfahrung von nunmehr einem Jahrzehnt Konvertibilität bei starren Wechselkursen auf seiner Seite. Auf diese Thematik gehen übrigens auch zwei Aufsätze im «*Wirtschaftsdienst*» (Wirtschaftspolitische Monatszeitschrift, Nr. 12/1968, Hamburg) ein, unter denen vor allem die Studie von *Hans-Jürgen Schmahl* über «die Wirkungen der Quasi-Aufwertung der DM» Erwähnung verdient.

Unsicherheit in Osteuropa

Osteuropa laboriert, wie die kürzlich in Ostberlin durchgeführte Comecon-Tagung einmal mehr zum Vorschein gebracht hat, ebenfalls an Wechselkursproblemen. Sie sind aber von völlig anderem Zuschnitt; und sie treten letztlich als ein – allerdings sehr wichtiges – Element der wesentlich weiter gefassten *Reformanstrengungen* einzelner osteuropäischer Staaten in den Vordergrund. In einer Doppelausgabe von «*Osteuropa*» (Zeitschrift für Gegenwartsfragen des Ostens, Nr. 10 und 11, 1968, Stuttgart), die einen respektablen Umfang angenommen hat, wird ein erstes, allerdings vorwiegend politisches Fazit nach den Ereignissen des 21. Augustes 1968 gezogen. Und in «*Osteuropa-Wirtschaft*» (13. Jahrgang, 4/1968, Dezember 1968) gehen Professor *Hans Raupach* und *Jörn Keck* den Spuren nach, die von der Wirtschaft und der Politik zur Krise in der Tschechoslowakei geführt haben. Die beiden versierten Autoren weisen in ihrer

Untersuchung nach, dass die wirtschaftlichen *Strukturprobleme*, denen sich das Land seit 1962, der ersten Stagnationsphase, gegenübergestellt sah und denen es mit umfassenden Reformen zu begegnen versuchte, eine wesentlich grössere Rolle spielten, als dies im allgemeinen angenommen werde. Es ist dabei bemerkenswert, und die Verfasser dieses lesenswerten Aufsatzes heben diesen Sachverhalt mit der gebotenen Akzentuierung hervor, dass auch die Beobachter aus den sozialistischen «Bruderparteien», ihre marxistische Lektion von der entscheidenden Bedeutung materieller Prozesse für den ideologischen Unterbau vergessend, die politischen Vorgänge als von den ökonomischen Bedingungen isoliert, gleichsam als Ab- oder Aufweichungen behandelten. Der wirtschaftliche Reflex des tschechischen Dramas widerspiegelt sich nicht allein im drängenden Wunsch nach mehr wirtschaftlicher Freiheit, im Bedürfnis nach stärkerer Dezentralisation, um verschüttete individuelle Leistungsreserven mobilisieren zu können, sondern insbesondere auch in der Notwendigkeit einer tiefgreifenden, strukturell bedingten Umstellung des industriellen Produktionsprogramms. Aus dieser Situation ergeben sich Probleme, die auch die wirtschaftliche Zukunft des Landes, allerdings nicht mehr im Sinne der Reformer, massgebend bestimmen werden.

Wer versuchen will, den Problemen und den Hintergründen der osteuropäischen Reformen näher zu kommen, kann nicht darauf verzichten, auch *osteuropäische Autoren* zu konsultieren. Nur in Kenntnis der Gedankengänge jener Experten, die am osteuropäischen Reformwerk selbst mitbauen, lässt sich eine vertiefte Einsicht gewinnen. Dazu bietet ein Aufsatz von Professor *Bela Csikos-Nagy*, dem Leiter des Preisamtes in Budapest, über die ersten Erfahrungen mit der ungarischen Wirtschaftsreform Gelegenheit (in: «*Österreichische Osthefte*», Österreichisches «Ost- und Südosteuropäisches Institut», 11. Jahrgang, 1/1969). Und ausserdem sei in diesem Zusammenhange auf die Zeitschrift «*The New Hungarian Quarterly*» (Budapest) hingewiesen, die immer auch zu wirtschaftspolitischen und wirtschaftstheoretischen Fragen der Planwirtschaft Stellung nimmt; im Heft Nr. 31 (1968) sind zwei aufschlussreiche Aufsätze über wirtschaftspolitische Probleme abgedruckt, nämlich einmal eine Studie von Professor *Imre Vajda* über «The Economic Integration and the National State» und sodann eine Abhandlung von *Peter Valyi* über «The Planned Economy and Financial Policy». Beide Darstellungen sind in mancher Beziehung charakteristisch für die Überlegungen, die der Wirtschaftspolitik in den Planwirtschaften kommunistischer Provenienz zugrunde liegen.

Oeconomicus